

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/6282 —

Forderungen an die künftige Europapolitik der Bundesregierung

A. Problem

Gestaltung der Politik der Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Union nach Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht; insbesondere auf folgenden Gebieten: Wirtschafts- und Strukturpolitik, Sozialpolitik, Agrarpolitik, Währungspolitik, Menschenrechts- und Gleichstellungspolitik, Polizeiwesen, Bildungs-, Kultur-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Entwicklungshilfe.

B. Lösung

Erarbeitung eines umfassenden Konzepts mit Handlungsanweisungen an die Bundesregierung für ihr Vorgehen im Rahmen der Europäischen Union.

Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Fortsetzung der bewährten und an einem weitestgehenden Konsens orientierten Europapolitik der Bundesregierung.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/6282 — Forderungen an die künftige Europapolitik der Bundesregierung — wird abgelehnt.

Bonn, den 2. Februar 1994

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Hans Stercken	Claus-Peter Grotz	Dieter Schlöten	Ulrich Irmer	Dr. Hans Modrow
Vorsitzender	Berichterstatler			

Bericht der Abgeordneten Dr. Claus-Peter Grotz, Dieter Schloten, Ulrich Irmer und Dr. Hans Modrow**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 197. Sitzung am 3. Dezember 1993 den Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/6282 „Forderungen an die künftige Europapolitik der Bundesregierung“ an den Auswärtigen Ausschuß federführend und den Ausschüssen für Wirtschaft, Arbeit und Sozialordnung, dem EG-Ausschuß und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der EG-Ausschuß hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 12. Januar 1994 bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste abgelehnt. Der Haushaltsausschuß hat

in seiner Sitzung am 19. Januar 1994 den Antrag bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste abgelehnt. Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 19. Januar 1994 ebenfalls einstimmig abgelehnt. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat auf die Mitberatung verzichtet.

III.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 2. Februar 1994 beraten und ihn mehrheitlich gegen die antragstellende Gruppe der PDS/Linke Liste bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 2. Februar 1994

Claus-Peter Grotz

Dieter Schloten

Ulrich Irmer

Dr. Hans Modrow

Berichterstatter

